



An die
Regierung des Fürstentums Liechtenstein
Herrn Regierungschef Adrian Hasler
Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Peter-Kaiser-Platz 1
Postfach 684
FL-9490 Vaduz

Vaduz, 15.06.2018
RAY

Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die FMAG- Abänderung - Institutioneller Rahmen für die makroprudenzielle Politik und Aufsicht

Sehr geehrter Herr Regierungschef Adrian Hasler

Mit Schreiben vom 25.04.2018 haben Sie uns eingeladen, zum eingangs bezeichneten Vernehmlassungsbericht (VB) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Einräumung dieser Möglichkeit und möchten nach Abschluss des verbandsinternen Konsultationsverfahrens zur gegenständlichen Gesetzesvorlage Folgendes ausführen:

1. Generelle Bemerkungen

Mit der Vorlage soll ein weiterer Baustein zur aktiven Integration Liechtensteins in das europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS) umgesetzt werden. Basierend auf einer Empfehlung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB), bei welchem Liechtenstein seit Übernahme der ESRB-Verordnung in das EWR-Abkommen Mitglied ist, soll ein nationaler Ausschuss für Finanzmarktstabilität eingerichtet werden. Organisation und Tätigkeit des Ausschusses sollen im Finanzmarktaufsichtsgesetz (FMAG) gesetzlich verankert werden.

Grundsätzlich erachten wir die Einbindung Liechtensteins in die europäische Finanzplatzinfrastruktur als strategisch wichtig an. Dabei soll Liechtenstein nicht nur auf dem Papier in den entsprechenden Gremien vertreten sein, sondern sich aktiv an Konsultationen und Sitzungen einbringen. Gerade der ESRB bietet die Möglichkeit, sich mit relevanten Vertretern europäischer Zentralbanken und Aufsichtsbehörden regelmässig über Themen der Finanzstabilität austauschen zu können. Von diesem Netzwerk kann Liechtenstein, welche keine eigene Zentralbank hat, nur profitieren. Dahingehend unterstützen wir die Einschätzung der Regierung, dass *"die Zusammenarbeit und Teilnahme Liechtensteins in und an diesen Behörden für den Staat und den Finanzplatz von grosser Bedeutung ist."*

Der LBV hat in seiner Roadmap 2020 die Vision festgehalten, dass Liechtenstein als angesehenener, nachhaltig agierender und stabiler Finanzplatz im Herzen Europas wahrgenommen werden soll. Die Stabilität gilt dabei als eine von drei strategischen Erfolgsfaktoren. Da das liechtensteinische Finanzsystem von einer gut funktionierenden internationalen Kooperation und Einbindung abhängig ist, hat der LBV das klare Anliegen an die Politik und Behörden, das internationale Netzwerk weiter auszubauen und die Aussenbeziehungen gezielt zu verstärken. Die Mitgliedschaft beim ESRB ist absolut im Sinne des strategischen Handlungsfeldes "Integration". Die Mitgliedschaft kombiniert mit einer aktiven Teilnahme halten wir zudem für stark reputationsfördernd.



2. Zur Vorlage

Die Umsetzung der ESRB-Empfehlung mit gegenständlicher FMAG-Anpassung ist angemessen. Gemäss VB soll die Errichtung und laufende Tätigkeit des nationalen Finanzmarktstabilitätsausschusses keine zusätzlichen Ressourcen bedingen. Die Administrativ-, Infrastruktur- und Personalkosten sollen aus dem laufenden Budget getragen werden. Wir unterstützen diese Vorgehensweise.

Des Weiteren gehen wir davon aus, dass die mit Art. 5. Abs. 5 Bst. b FMAG vorgesehene Meldepflicht an den ESRB mit den bereits bestehenden aufsichtsrechtlichen Meldungen (ausreichender Informationsgehalt) an die FMA erfüllt werden können. Wir bitten die Regierung im Bericht und Antrag diesbezüglich um klarstellende Erläuterungen zur Bestimmung.

3. Weitergehende Anliegen

Der LVB erachtet die Umsetzung der gegenständlichen ESRB-Empfehlung nicht nur als rechtlich, sondern zur Förderung und Weiterentwicklung der Finanzstabilität auch als materiell notwendig an. Mit Errichtung des Ausschusses wird eine nationale Struktur geschaffen, in welcher sich politische und behördliche Vertreter regelmässig intensiv mit der Finanzstabilität Liechtensteins auseinandersetzen können. Diese Diskussionen können zum Austausch der Fachexpertise sowie regulatorischer Rahmenbedingungen nur förderlich sein. Mit der jährlichen Berichterstattung im Rahmen des Rechenschaftsberichts der Regierung gegenüber dem Landtag wird die Wichtigkeit des Ausschusses zusätzlich gestärkt.

Basierend auf der gegenständlichen Vorlage und auf einer Empfehlung des Steuerungsausschusses des Projekts Finanzstabilität, welche mit Abschlussbericht vom 15.12.2016 an die Regierung kommuniziert wurde, schlagen wir ergänzend vor, die Diskussionen und Beurteilungen des neu zu errichtenden Finanzmarktstabilitätsausschusses regelmässig in einem erweiterten Gremium mit zusätzlichen Anspruchsgruppen wie systemrelevante Banken, Abwicklungsbehörde oder Einlagensicherung auszutauschen. Mit dem erweiterten Gremium hätte der Ausschuss die Möglichkeit, seine Beurteilungen und Einschätzungen zu verifizieren, spezifische Themen zu vertiefen und gemeinsam vorbereitende Massnahmen für Krisenzeiten zu treffen.

Wir bitten die Regierung um eingehende Prüfung unseres Anliegens, welche insbesondere auch von den systemrelevanten Banken LGT, LLB und VPB unterstützt wird.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme und stehen Ihnen bei Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen
LIECHTENSTEINISCHER BANKENVERBAND

Simon Tribelhorn
Geschäftsführer

Rafik Yezza
Stellvertretender Geschäftsführer